

3. Gegenstand der Zuweisung

Der Antragsteller beantragt die Mittel für folgende/s Vorhaben:

- Rückbau bzw. Umbau von Anlagen im und am Gewässer
 - Beseitigung von Verrohrungen
 - Beseitigung von Wehren bzw. Stauanlagen
 - Rückbau der beweglichen Teile
 - Rückbau der oberirdischen Teile
 - vollständiger Rückbau (einschl. Widerlager und Fachbaum)
 - Umbau von Wehren bzw. Stauanlagen
 - Rückbau bzw. Umbau von sonstigen Anlagen
- Wiederherstellung einer naturnahen Gewässerbettführung
- Verbesserung des Wasserrückhaltes in der Landschaft
- Anlage von Gewässerentwicklungsflächen
- Maßnahmen zur Verringerung des Stoffeintrages
- Maßnahmen zur Verbesserung der Gewässerqualität eines Sees
- Erwerb von Grundstücken zur Durchführung der beantragten Maßnahme
- konzeptionelle Vorarbeiten im Zusammenhang mit der beantragten Maßnahme
- digitale Bestandserfassung
- Erstellung von Gewässerentwicklungskonzepten

4. Grundsätzliche Angaben zum Vorhaben

4.1 Kurzbeschreibung des Vorhabens

Bezeichnung Wasserkörper	
Name des Gewässers	
Größe des Einzugsgebietes (km ²)	
Lage des Vorhabens	
Ortsteil	
Anzahl Bevölkerung im Ortsteil	
Koordinaten ¹⁾	von [Hochwert] North:
	[Rechtswert] East:
	bis [Hochwert] North:
	[Rechtswert] East:
Gemarkung/en	
Flur/en	
Flurstück/e	
<input type="checkbox"/> FFH-Gebiet (Falls zutreffend, Bezeichnung angeben)	

¹⁾ Es ist ausschließlich folgendes Koordinatensystem zu verwenden:
ETRS89, EPSG-Code = 25832, Lagestatus 489, GRS80-Ellipsoid, UTM-Koordinatensystem mit 6 Grad Meridianstreifen, Mittelmeridian 9° Ost.

Flächenerwerb	
Gemarkung/en	
Flur/en	
Flurstück/e	
Beanspruchte Fläche ²⁾ (ha)	
Beanspruchte Fläche für Gewässerentwicklungsraum ³⁾ (ha)	
<input type="checkbox"/> entfällt	
Gewässerrandstreifen	
Länge (km)	
Breite (m)	
Gesamtfläche (m ²)	
Durchgängigkeit ⁴⁾	
Länge (km)	

4.2 Beschreibung des Vorhabens und Darstellung der Notwendigkeit der Finanzierung

(z. B. Beschreibung des Ist-Zustandes, welche Ziele sollen erreicht werden, welche Wirkungen sind zu erwarten, Angaben zum Zeitplan, Dringlichkeit, Konzeption, ggf. Verbindung zu anderen Vorhaben. Sofern der Platz nicht ausreicht, fügen Sie dem Antrag eine gesonderte Anlage bei.)

²⁾ Beanspruchte Fläche, die nicht zur Anlage von Gewässerentwicklungsräumen genutzt werden soll (bspw. zur Anlage von Umgehungsgerinnen).

³⁾ Beanspruchte Fläche, die zur Anlage von Gewässerentwicklungsräumen genutzt werden soll.

⁴⁾ Angabe, auf welcher Länge durch das beantragte Vorhaben eine Durchgängigkeit des Gewässers erzielt werden soll. Anzugeben ist die Gewässerstrecke zwischen den anschließend noch bestehenden Barrieren.

4.3 Vorhabensbezogene behördliche Zulassungen

Für das Vorhaben werden folgende behördliche Zulassungen (Genehmigungen, Erlaubnisse, Zustimmungen, usw.) benötigt und sind

Gegenstand	zuständige Behörde	beantragt	erteilt	noch nicht erkennbar	entfällt
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4.4 Klärung der privatrechtlichen und Eigentumsverhältnisse

erfolgt noch nicht erfolgt noch nicht erkennbar entfällt

Der Eigentümer der Flächen, Gebäude oder baulichen Anlagen auf/an denen die Maßnahme durchgeführt wird,

	ja	nein
ist um sein Einverständnis zu ersuchen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
und hat die Zustimmung erteilt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
hat die Maßnahme zu dulden (Begründung auf gesondertem Blatt) und wurde informiert (Kopie des Schreibens liegt an).	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Finanzierungsplan

5.1 Gesamtausgaben des Vorhabens

Kostengruppe	Kostenart	Ausgaben (Netto)	Umsatzsteuer	Gesamtausgaben (Brutto)
Bauliche Investition	Bauausgaben	Euro	Euro	Euro
Baunebenkosten	Vorbereitung und Planung	Euro	Euro	Euro
Grunderwerb	Grunderwerb	Euro	Euro	Euro
Sonstige Ausgaben	Monitoring	Euro	Euro	Euro
	Entwicklungspflege	Euro	Euro	Euro
		Euro	Euro	Euro
		Euro	Euro	Euro
Gesamtausgaben		Euro	Euro	Euro

5.2 Angaben zur Umsatzsteuer

Ich/Wir beantrage/n, dass die Umsatzsteuer als zuschussfähige Ausgabe berücksichtigt wird.⁵⁾

nein (Nettoförderung) ja (Bruttoförderung)

⁵⁾ Die Umsatzsteuer kann als zuweisungsfähige Ausgabe nur berücksichtigt werden, wenn der Antragsteller für das Vorhaben weder nach § 15 UStG vorsteuerabzugsberechtigt ist noch die Durchschnittssatzbesteuerung anwendet. Der Antragsteller muss die Umsatzsteuer endgültig tragen.

5.3. Sonstige Zuweisungen (Mehrfachförderung)

Für das Vorhaben im Sinne der Antragstellung werden/wurden andere öffentliche Mittel beantragt bzw. gewährt.

nein ja

Wenn ja: beantragt bewilligt/genehmigt ausgezahlt

Wenn ja, bitte nachfolgend auflühren:

Zuweisungsbereich	Behörde	Aktenzeichen	Zuweisung	Darlehen
			Euro	Euro
			Euro	Euro
			Euro	Euro
			Euro	Euro
Gesamt			Euro	Euro

5.4 Finanzierung

		Euro	Euro
I. Gesamtausgaben ⁷⁾ <input type="checkbox"/> brutto <input type="checkbox"/> netto			
II. Fremdmittel ⁸⁾	a) Leistungen Dritter/Spenden		
	b) andere öffentliche Zuschüsse ^{9,10)}		
	Fremdmittel gesamt		-
III. davon nicht zuweisungsfähige Ausgaben			-
IV. Zwischensumme zuschussfähige Ausgaben (= I. - II. - III.)			=
V. Finanzielle Beteiligung des Begünstigten <i>(auf zuweisungsfähige Ausgaben)</i>	Bare Eigenmittel, Kredite		
	anrechenbare private Spenden/Leistungen Dritter ^{11,12)}		
	Beteiligung des Begünstigten gesamt		-
VI. Beantragte Zuweisung (= IV. - V.)			=

5.5 Bereitstellung der Zuweisung

Die zuweisung soll wie folgt bereitgestellt werden:

Beantragte Zuweisung (Nr. 5.4 VI.) EUR	davon zur Auszahlung (Kassenwirksamkeit)			
	im laufenden Jahr (n)	im Folgejahr (n+1)	im Folgejahr (n+2)	in den Folgejahren
	Jahr 20__ EUR	Jahr 20__ EUR	Jahr 20__ EUR	Jahr 20__ bis Jahr 20__ EUR

⁷⁾ Angabe brutto/netto muss übereinstimmen mit 5.2, je nachdem ob Brutto- oder Nettoförderung beantragt wird.

⁸⁾ Grundsätzlich sind zweckgebundene (projektbezogene) Fremdmittel (Spenden/Drittmittel/Zuschüsse) gemäß VV zu § 44 LHO als Vorwegabzug von der Gesamtinvestitionssumme abzusetzen und dürfen nicht als Eigenmittel angesetzt werden. Ausnahmen siehe unter Fußnote 9.

⁹⁾ z.B. ABM-Mittel, Lotto Toto, Mittel von öffentlich-rechtlichen Körperschaften, Stiftungen u. ä.

¹⁰⁾ Kopien der Bescheide oder Förderzusagen sind als Anlage beizufügen.

¹¹⁾ Folgende Drittmittel dürfen als Ausnahme den Eigenmitteln zugerechnet werden:

a) Spenden/Leistungen Dritter, die nicht zweckgebunden sind oder

b) bei Zuwendungen von bis zu 25.000 € an Antragsteller mit überwiegend gemeinnütziger Tätigkeit sind zweckgebundene, nicht aus öffentlichen Mitteln finanzierte Spenden dem Eigenanteil zuzurechnen

¹²⁾ Kopien der Bescheide oder Förderzusagen sind als Anlage beizufügen

6. Durchführung des Vorhabens

6.1 Verantwortlicher Leiter des Vorhabens

Name

6.2 Geplante Laufzeit des Vorhabens (Durchführungszeitraum)

von - bis

6.3 befürwortet durch Gewässerkundlichen Landesdienst

ja

Bereich

nein

Datum

Unterschrift

6.4 Die Durchführung der Auftragsvergaben erfolgt durch

eine projektverantwortliche Stelle/Person:
(Eignungsnachweise erforderlich)

Name

die zentrale Vergabestelle des LHW

7. Erklärungen

- Ich/Wir habe/n die nachfolgenden Erklärungen wahrheitsgemäß abgegeben und bestätige/n die Kenntnisnahme der unten genannten Hinweise.

Erklärungen in Bezug auf den Antragsteller

Ich/Wir erkläre/n, dass

- die ordnungsgemäße Geschäftsführung gesichert ist,
- die Gewähr einer ordnungsgemäßen Verwendung und Unterhaltung der finanzierten Gegenstände gesichert ist.
- über mein/unser Vermögen/Unternehmen zum Zeitpunkt der Antragstellung kein Gesamtvollstreckungs-/Insolvenzverfahren eröffnet ist oder durch mich/uns beantragt wurde.

Erklärungen in Bezug auf den Antrag

Mir/Uns ist bekannt, dass

- der Stammdatenbogen für Beihilfen und Fördermaßnahmen, die aus dem EGFL/ELER finanziert werden, einschließlich seiner erforderlichen Anlagen unverzichtbarer Bestandteil des Antrags zur Mittelzuweisung ist und Änderungen des Stammdatenbogens und des Antrags unverzüglich bei der zuständigen Behörde anzuzeigen sind.
- die Publizitätsvorschriften gemäß Anhang III, Teil 1, Nr. 2 der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 808/2014 vom 17.07.2014) (ABl. L 227 vom 31.07.2014, S. 18) in der jeweils geltenden Fassung unbedingt einzuhalten sind (nachzulesen im „Leitfaden für die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den ELER in Sachsen-Anhalt 2014-2020 (2023)“ bzw. unter <https://europa.sachsen-anhalt.de/esi-fonds-in-sachsen-anhalt/informationen-fuer-antragsteller-beguenstigte/informations-kommunikationspflichten/eler-leitfaden-vorlagen/>)
- die Bewilligungsbehörde jederzeit weitere Unterlagen anfordern kann,
- alle Angaben im Antrag nachweisbar sein müssen.

Ich/Wir erkläre/n, dass

- keine Doppelförderung gegeben ist.
- die beigefügten Anlagen verbindlicher Bestandteil dieses Antrages sind; die hier geleistete Unterschrift gilt auch für die Anlagen.
- mit der Durchführung des Vorhabens noch nicht begonnen wurde und auch nicht vor der Bekanntgabe der Mittelzuweisung bzw. vor der etwaigen Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmebeginns begonnen wird (als Maßnahmebeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrages zu werten).
- der Inhalt der „Durchführungsbestimmungen WRRL“ in der jeweils gültigen Fassung mir/uns bekannt ist (diese sind auch in der zuständigen Bewilligungsbehörde einsehbar).
- der Inhalt des Merkblatts Vergabe für private und öffentliche Antragsteller im Rahmen von ELER-/EGFL-Förderprojekten (s.a. www.elaisa.sachsen-anhalt.de; Stichwort Investitionsförderung Ländlicher Raum/ Formulare/Information) bekannt ist.
- die in diesem Antrag und den dazugehörigen unverzichtbaren und anderen Bestandteilen gemachten Angaben vollständig und richtig sind.

8. Anlagen zum Mittel Antrag (Anlagen bitte in zweifacher Ausfertigung einreichen!)

8.1 vorgegebene Formulare

- Stammdatenbogen
- Anlage „Abweichende Bankverbindung“ zum Stammdatenbogen (PEB-Dok. Nr. 20) (sofern zutreffend)

8.2 Vorhabensbeschreibung

- Planungsunterlagen, detaillierte Konzeption des Vorhabens (Angabe der Hoch- und Rechtswerte von Beginn und Ende des Vorhabens) und der zu erwartenden Wirkungen auf das Gewässer nach Durchführung des Vorhabens auf wasserwirtschaftliche, naturschutzfachliche, landwirtschaftliche und ggf. sonstige Belange (bei Flächenerwerb ebenfalls Beschreibung des Vorhabens, das auf den erworbenen Flächen umgesetzt werden soll) incl. Kostenschätzung
- Fotografische Darstellung des Ist-Zustandes vor Umsetzung des Vorhabens
- Darstellung des Vorhabens in topografischer Karte(n) im Maßstab 1 : 10 000
- Übersichts- und Lagepläne im Maßstab 1 : 25 000 oder ggf. kleiner
- Flurkarte mit Kennzeichnung der vom Vorhaben betroffenen Flächen

8.3 Nachweise

- Nachweis des Standes der Erfüllung der öffentlich rechtlichen Voraussetzungen, insbesondere der sonstigen erforderlichen Genehmigungen für die Ausführung des Vorhabens sowie die Klärung der Eigentums- und sonstigen privatrechtlichen Verhältnisse
- Aktueller Grundbuchauszug (nicht älter als 3 Monate) für die vom Vorhaben betroffenen Flächen
- Verfügbarkeit über Drittmittel (z.B. Kommunale Beschäftigungsagentur (KoBa), ARGE, Lotto/Toto u.a.)
- Verfügbarkeit über andere öffentliche Förderung
- über Kenntnisse der HOAI und Vergabe in folgender Form (entsprechend Angabe in Nr. 6.4):
 - Nachweis fachlicher Eignung der projektverantwortlichen Sachbearbeiter anhand von Stellenbeschreibung, Zeugnissen und/oder Lehrgangsnachweisen oder durch den Nachweis der Einrichtung einer zentralen Vergabestelle
 - Sonstige

_____ _____

_____ _____

Ort, Datum

Dienstsiegel/ Stempel

Unterschrift der/s Antragsteller/s/Vertretungsberechtigten

Hinweise zum Mittelantrag

Alle zum Zeitpunkt der Antragstellung bekannten Daten sind im Antrag anzugeben.
Alle zum beantragten Vorhaben erforderlichen Unterlagen sind mit dem Antrag einzureichen.
Diese Unterlagen müssen dem Gegenstand des Vorhabens zuordenbar sein.

zu Nr. 1

Folgende Mindestangaben zum Vorhaben sind aufzuführen:

- Bezeichnung des Gegenstandes des Vorhabens (z.B. Umbau Wehr)
- Ortsangabe
- Umfang des beantragten Zuschusses (Planung, Bau)
- Umfang des beantragten Zuschusses bei unmittelbarer Umsetzung der Planung (Planung + Bau)
- Angabe der Leistungsphasen

zu Nr. 4.1

Flächenerwerb

- sofern Flächenerwerb für Umsetzung des Vorhabens nicht erforderlich, „entfällt“ eintragen

zu Nr. 4.2

Beschreibung des Vorhabens

Hier sind detaillierte Angaben zum Vorhaben einzutragen:

- Beschreibung des Ist-Zustandes
- ausführliche Beschreibung des Gegenstandes des beantragten Zuschusses
- genaue Ortsangaben (Stadt ..., OT ...)
- Umfang des Vorhabens (Benennung der einzelnen Leistungsphasen und Beschreibung der Leistungen (z.B. LP 2 – Vorplanung)
- Darlegung der Gründe, sofern nicht alle Leistungsphasen beantragt werden (z.B. LP 7-9 werden vom Antragsteller aus eigenen Mitteln finanziert)
- bei der Beantragung von Zuweisungen für die Errichtung von Fischauf- und –abstiegsanlagen ist zu beschreiben, ob evtl. Funktionskontrollen ebenfalls Gegenstand des Zuschusses sind
- ggf. örtliche Bauüberwachung

Bei der Begründung des Vorhabens ist darzulegen, warum es sich um ein Vorhaben der naturnahen Gewässerentwicklung zur Verbesserung des ökologischen und chemischen Zustandes der oberirdischen Gewässer im Zusammenhang mit der Erhaltung, Wiederherstellung und Verbesserung des natürlichen Erbes handelt, welche Ziele mit dem Vorhaben erreicht werden sollen und welche Wirkungen zu erwarten sind.

zu Nr. 5.2

Das Ministerium für Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt hat für die Begünstigten (LHW, UHV und LAF) der Maßnahme „Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie“ eine pauschale Bescheinigung zum Steuerstatus erteilt. Die anteilige Erstattung der Umsatzsteuer erfolgt mit dem jeweiligen Auszahlungsantrag.